

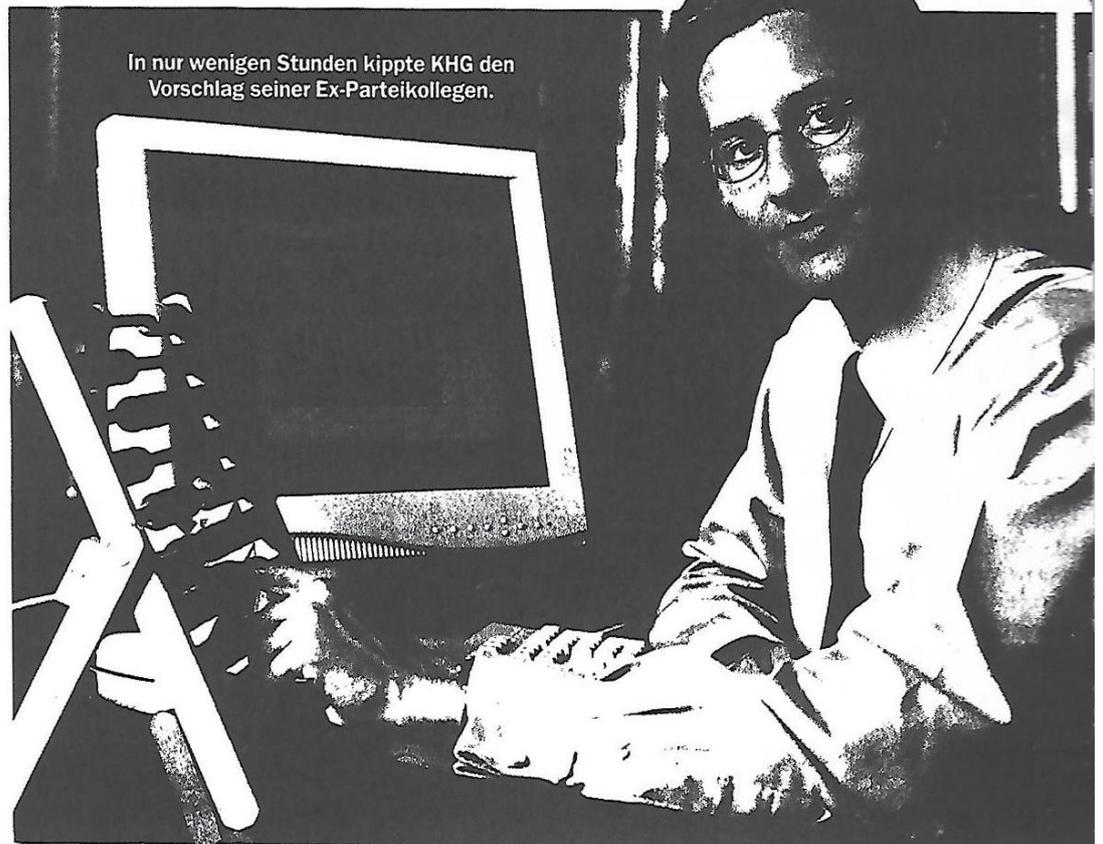
Der 1000-Euro-

WIE AUS DEM „HAIDER-HAUBNER-TAUSENDER“ FÜR 1,1 MILLIARDEN

■ PENSIONSKÜRZUNG. Warum die 1.000-Euro-Grenze in letzter Sekunde von Grasser & Co gekippt wurde.

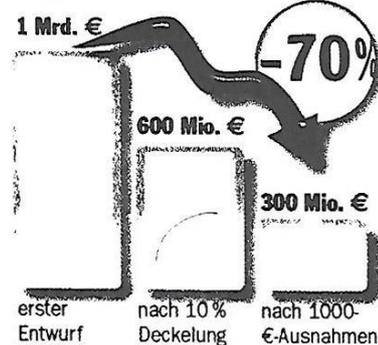
Am Dienstagabend drang außer dem lapidaren Satz „Wir sind zusammen“ kein Ton durch die Polstertüren des Parlaments, hinter denen Kanzler Schüssel und Vizekanzler Haupt die letzten Details abklärten. Nur so viel war klar: Viel hat sich zum Entwurf der Regierung und jenen Zugeständnissen, die diese den Sozialpartnern letzte Woche gemacht hat, nicht verändert. Eine Harmonisierung der Pensionssysteme für alle unter 35-Jährigen wird angestrebt, für Schwerarbeiter soll es Erleichterungen geben, die Kindererziehungszeiten für Frauen gelten stärker abschlagsmildernd als bislang, und bei Politikerpensionen kommt ein Solidarbeitrag von 15 Prozent.

Kein „Haubner-Haider-1.000er“. Von einem Aussetzen der Reform für alle Rentner, die künftig eine Pension unter 1.000 Euro monatlich beziehen werden, ist im Regierungspaket keine Rede mehr. Dabei hatte das noch wenige Stunden davor ganz anders geklungen, als Ursula Haubner, Staatssekretärin im Sozialministerium und Schwester des – noch – einfachen Parteimitglieds Jörg Haider, Finanzminister Karl-Heinz Grasser damit gehörig unter Budgetdruck gesetzt hatte. Denn: Die medienwirksame Schallmauer von 1.000 Euro



Haider-Plan: Was die 1.000-Euro-Freigrenze Grasser kostet

■ So schnell schrumpft Karl-Heinz Grassers Pensions-Sparplan:



BUDGETSCHMELZE. Würde die 1.000-Euro-Grenze für alle kommen, würden die Einsparungen für Finanzminister Grasser – durch die 10%-Deckelung ohnehin von ursprünglich einer Milliarde Euro auf 600 Mio. Euro geschrumpft – noch einmal halbiert werden.

56 % unter 1.000 Euro

■ Von 1.957.000 Pensionisten erhalten mehr als die Hälfte unter 1.000 € Pension im Monat.



NIEDRIGSTPENSIONEN. 56 Prozent der Pensionisten erhalten weniger als 1.000 Euro – 70 % davon Frauen.

Renten-Schmäh

IN EIN „SCHÜSSEL-HAUP-TAUSENDER“ FÜR WENIGE WURDE

■ PRIVILEGIENRITTER. Aufgedeckt: Schüssels Top-Pensions-Guru, Theodor Tomandl, kassiert weiter 6.000-Euro-Luxusrente.

hätte rund die Hälfte der Pensionsberechtigten betroffen. Vor allem für Frauen – 75 Prozent aller Rentnerinnen bekommen unter 1.000 Euro Monatspension – wäre diese Regelung eine echte Entlastung gewesen. Doch Finanzminister Karl-Heinz Grassser und die ÖVP-Verhandler verwandelten das vom Kärntner Landeshauptmann Haider vehement geforderte Pensionszuckerl binnen weniger Stunden in ein saures Drop.

Grassser wollte dieser Forderung seines Ex-Mentors um keinen Preis zustimmen, denn der „Haubner-Haider-Tausender“ hätte ein gewaltiges Loch in die kommenden Budgets gerissen. Der Grund: Mehr als die Hälfte der heimischen Pensionsberechtigten erhalten unter 1.000 Euro Monatspension. Daran wird sich, so Sozialexperte Bernd Marin, auch in Zukunft wenig ändern: „Die durchschnittliche Arbeiterpension liegt heute bei 940 Euro. Und bei allen Frauenpensionen liegt der Durchschnitt der Antrittspensionen bei bescheidenen 783 Euro. Da bewegt sich wenig.“ Grassser kann aber nicht auf Einsparungen in diesem großen Segment verzichten, wenn er sein neues Liebling, die „größte Steuerreform der 2. Republik“, durchziehen will (siehe Kasten rechts).

Der „falsche“ Tausender. In allerletzter Sekunde versuchte die schwarz-blaue Koalition noch etwas Dampf aus der durch den Streik ohnehin aufgeheizten Öffentlichkeit zu nehmen. Dem „kleinen Mann“ (und der noch „kleineren“ Frau) wurde statt



FOTOS: KLEMENC, FORNAT/ALSCHNER, SCHUSTER

Pensionisten müssen künftig Gürtel enger schnallen.

des abgeschmetterten „Haider-Haubner-Tausenders“ der „Schüssel-Haupt-Tausender“ serviert. Dabei gilt die Befreiung von der Pensionsreform nur dann, wenn die gemeinsame Rente von Ehepartnern 1.000 Euro nicht übersteigt. Karl Öllinger, Sozialsprecher der Grünen: „Das ist die reinste Augenauswischerei, denn diese Grenze betrifft nur ganz wenige.“ Der Grund: Schon jetzt erhalten rund 60.000 Österreicher den so genannten Ausgleichszulagenrichtwert für Familien in der Höhe von 965,53 Euro. Das ist die vom Parlament offiziell festgelegte Armuts- ▶

Grassers Pensions-Poker

Finanzminister braucht Kürzungsmillionen für Steuerreform

Finanzminister Karl-Heinz Grassser hat schon mehr gelacht.

Fast im Tagesrhythmus werden seine Pensions-Sparpläne zerzaust. Zuerst am Runden Tisch und jetzt von den Freiheitlichen. Unterm Strich könnte für Grassser fast gar nichts mehr übrig bleiben. Jetzt gerät er daher gleich an mehreren Fronten unter Druck.

● **„Größte Steuerreform“.** Ursprünglich wollte Grassser bis 2006 bei den staatlichen Pensionszuschüssen ein Sparvolumen von einer Milliarde heben (siehe Grafik). Damit wäre ein großer Brocken der ab 2005 geplanten Steuerentlastung in Höhe von 2,5 Milliarden Euro gegenfinanziert gewesen. Die entschärfte Pensionsreform könnte aber das Sparvolu-

men auf 300 Millionen drücken. Womit Grassser 700 Millionen für die Gegenfinanzierung der Steuerreform vorerst einmal fehlen würden. Gut möglich, dass dann die „größte Steuerreform der Zweiten Republik“ (Grassser) verschoben oder gleich beerdigt werden muss.

● **Doppel-Budget.** Das Doppel-Budget 2003/2004 soll am 18. Juni im Parlament beschlossen werden. Bis dahin muss allerdings die Pensionsreform tatsächlich nach Punkt und Beistrich stehen, andernfalls kann das Doppel-Budget nicht abgesegnet werden. Ein möglicher Ausweg, sollten die Verhandlungen noch scheitern: Es wird nur das Budget 2003 beschlossen und das Budget 2004 erst im Herbst behandelt.



SP-Experte Christoph Matznetter.

● **Budget-Lücke.** Ob Doppel-Budget oder nicht. Für 2004 muss Grassser in jedem Fall umplanen, so SP-Finanzsprecher Christoph Matznetter. Die ursprünglich angesetzten Effekte aus der Pensionsreform für 2004 belaufen sich zwar nur auf rund 100 Millionen Euro, aufgrund der Entschärfungen bleibt aber in jedem Fall eine Lücke.



ANSAGE. Sozialrechtsexperte Bernd Marin fordert eine Solidarleistung von den 180.000 Beziehern von Pensionen jenseits der 72.000 Euro jährlich. „Sie sollten progressiv besteuert werden.“

► grenze für Familien. Für Alleinstehende hingegen gilt der Rentenschutz ab dem Ausgleichszulagenrichtsatz von 643,54 Euro monatlich. Eine allein stehende Witwe mit 730 Euro Monatspension – also nicht gerade eine in Wohlstand lebende Person – ist somit von der Pensionsreform bereits voll betroffen. Christoph Matznetter, Budgetsprecher der SPÖ: „Schüssel und sein Sancho Pansa Herbert Haupt benachteiligen damit wieder einmal die Mehrheit der Frauen, die es mit geringen Pensionen derzeit schon schwer genug haben.“

Gewerkschaft weiter kampfbereit. Mit dieser Entscheidung dürfte sich die Regierung einen wahren Bärendienst erwiesen haben, denn die Gewerkschaft wird diese Reform wohl auch weiterhin nicht akzeptieren. ÖGB-Boss Fritz Verzetnitsch: „Ein Aussetzen der Pensionsreform für alle kleine Renten bis 1.000 Euro wäre für den ÖGB ein brauchbarer Kompromiss gewesen, alles andere kommt für uns nicht infrage. Wir wollen aber die Ergebnisse schriftlich am Tisch haben, um auch das Kleingedruckte zu kennen. Wenn es wieder nicht passt,

schließe ich gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen nicht aus.“

Pensionsmillionäre werden verschont. Am anderen Ende der Fahnenstange – bei den immerhin 180.000 Beziehern von Pensionen jenseits von 72.000 Euro im Jahr – bringt die Pensionsreform keine überproportionalen Einbußen. Sozialrechtsexperte Bernd Marin: „Gerade bei diesen Pensionsmillionären wäre eine Solidarabgabe seit langem überfällig, denn sie beziehen eine Pension, die in keiner Relation zu ihren eingezahlten Beiträgen steht. Diese nicht beitragsgedeckten Pensionen sollten progressiv besteuert werden. Nirgendwo in Europa sind die wohlhabenden Pensionisten in so einem hohen Ausmaß von staatlichen Zuschüssen abhängig wie in Österreich. Hier liegen wir um 20 Prozent über dem EU-Schnitt. Gerade von dieser Gruppe sollte man verlangen, dass sie ein Stück jenes Pensionskuchens zurückgibt, den sie im Laufe der letzten Jahrzehnte an sich gerissen hat.“

ANDREAS LINHART, CHRISTIAN NEUHOLD, FRITZ WÖBER ■